

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jeden Wertages. Abonnementpreis mit Illustr. Beilage „Welt u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 50 Reichspf. Einzelverkaufspr. 10 Reichspf. Redaktion: Johannisstraße 46 Fernruf: 25351-53

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 30 Reichspfennige. — Versammlungs-, Vereins-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Reichspfennige. — Reklamen 100 Reichspfennige Geschäftsstelle: Johannisstraße 46 Fernruf: 25351-53



# Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 219

Montag, 19. September 1923

34. Jahrgang

## Hindenburg auf den Spuren Poincares

### Politische Rede bei der Enthüllung eines Kriegerdenkmals

#### Hat Stresemann davon gewußt?

S. Lübeck, 19. September.

Als vor einem Jahr Poincare von einem Dorf zum andern zog, um jeden Sonntag seine Kriegsrede zu halten, war sich die ganze Welt darüber einig, daß das ein grober und gefährlicher Unfug sei. Schließlich hat er's selber eingesehen und seinem Redeschwall Zügel angelegt.

Wer aber hätte damals geahnt, daß unser alter Reichspräsident den Ehrgeiz entwickeln würde, es ihm gleich zu tun? — Nun, gestern hat er es getan auf dem Schlachtfeld von Tannenberg, wo ein riesiges Kriegerdenkmal mit acht Türmen (!) — es muß nach den Berichten ein wahres Kriegstheater sein — feierlich eingeweiht wurde. War es auch keine direkte Kriegsrede, so war es ein ausgesprochen außenpolitischer Akt — und das ist vielleicht noch schlimmer; denn zu einem direkten Eingreifen in die Außenpolitik steht dem Reichspräsidenten nach der deutschen Verfassung keinerlei Befugnis zu. Der Vorgang wird also noch ernste Konsequenzen haben.

Ueber die Feier selbst ist nur zu sagen, daß alle Behörden und sämtliche angebliehen „Stoßer“ von Tannenberg — außer Hindenburg selbst — erheben bekanntlich auch Ludendorff und General Hoffman Anspruch auf den alleinigen Besitz dieses Ehrenmittels — zugehen wären, und daß das Reichsbanner es selbstverständlich abgelehnt hatte, sich unter diese Gesellschaft zu mischen.

Wir wollen heute nicht mit diesen Generalen rechten, und auch nicht mit denen, die solche „Siegesfeiern“ nach einem verlorenen Krieg überhaupt für geschmackvoll halten, — uns interessiert im Augenblick die Rede des Feldmarschalls, der nun einmal Reichspräsident ist, wenn er sich auch gestern absichtlich nur mit seinem militärischen Rang titulieren ließ.

Auffällig genug war es schon, daß die Hugenbergpresse bereits vor der Feier ankündigen konnte, Hindenburg würde am Sonntag eine „Rede an die Welt“ halten und eine „immer wieder verschobene diplomatische Aktion der Reichsregierung“ erkennen.

Gemeint war eine Aktion in der Kriegsschuldfrage. Und der alte Herr hat seine lieben Freunde von rechts auch nicht enttäuscht. Nach einigen einleitenden Worten führte er wörtlich aus:

„Das Tannenberg-Nationaldenkmal gilt in erster Linie dem Gedächtnis derer, die für die Befreiung der Heimat gefallen sind. Ihr Andenken, aber auch die Ehre meiner noch lebenden Kameraden verpflichten mich dazu, in dieser Stunde und an dieser Stelle feierlichst zu erklären:

Die Anklage, daß Deutschland schuld sei an dem größten aller Kriege, weisen wir, weißt das deutsche Volk in allen seinen Schichten einmütig zurück. Nicht Reid, Haß oder Eroberungslust gaben uns die Waffen in die Hand. Der Krieg war uns vielmehr das äußerste mit den schwersten Opfern des ganzen Volkes verbundene Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber. Keinen Herzens sind wir zur Verteidigung des Vaterlandes ausgezogen und mit reinen Händen hat das deutsche Heer das Schwert geführt. Deutschland ist jederzeit bereit, das vor unparteiischen Richtern nachzumeifen.“

Daß Hindenburg das selbst glaubt, unterliegt keinem Zweifel. Ebenso wenig, daß es der Wirklichkeit, die allerdings viel komplizierter ist, als daß ein Soldatenkopf sie durchschauen könnte, in keiner Weise gerecht wird. Aber wir brauchen nicht heute zum tausendsten Male auseinanderzusetzen, daß es Kriegshetze und Kriegsschuldige in allen Ländern, auch in Deutschland gab, und daß die Behauptung von der völligen Unschuld gerade Deutschlands genau so unwahr ist wie die andere von der Alleinschuld Deutschlands. Es genügt festzustellen, daß am selben Tage, an dem Marschall Hindenburg in Ostpreußen erklärte, Deutschland habe sich verteidigt, Marschall Petain in Verdun genau dasselbe für Frankreich erklärte, u. E. mit genau demselben Maß von Recht und Unrecht.

Aber Petain ist ein feiglicher General, sonst nichts; und in Frankreich ist das nicht eben viel, Hindenburg aber Präsident der Deutschen Republik; seine Rede

drückt keine Privatmeinung aus; sie war als diplomatische Aktion offiziell angekündigt.

Und das Entscheidende ist: Dieselbe diplomatische Aktion, der sogenannte „Widerruf der Kriegsschuld-Lüge“, der sich im Programm des Stahlhelms findet, der von den Deutschnationalen im Reichstag beantragt war, ist vom Reichskabinett verworfen worden. Man erinnert sich, Stresemann sollte mit großem Applomb in Genf vortragen. Er verwarf diese heillos unkluge Aktion mit guten Gründen und die deutschnationalen Minister im Kabinett stimmten dem zu.

Nach endlosem Lärm und Krach, nach Strömen von Tinte und endlosen Debatten, sind alle verantwortlichen Politiker in Deutschland zu dem Schluß gekommen, über die unlösbare

Schuldfrage endlich Gras wachsen zu lassen und positive Völkerverbundarbeit zu leisten.

Und während Stresemann in Genf in diesem Sinne tätig ist, leitet Hindenburg in Ostpreußen eine entgegengekehrte Aktion ein, getreu dem Stahlhelmsprogramm, das da fordert: Wiederaufrichtung der Kriegsschuldfrage und vermehrte Machtkstellung des Reichspräsidenten.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder Stresemann hat darum gewußt; dann trifft ihn der Vorwurf der Doppelzüngigkeit. Oder Hindenburg begann seine Staatsaktion, ohne den Außenminister zu fragen; dann hat er seine verfassungsmäßigen Befugnisse bewußt oder unbewußt überschritten.

Des Jubels der nationalistischen Presse darf er in jedem Fall gewiß sein. Aber hat der Herr Reichspräsident dabei auch gedacht, daß er mit dieser unbedonnenen Rede, der bereits beginnenden nationalistischen Wahlkampagne in Frankreich das Stichwort geliefert hat? — Herr Frankl-Bonillon wird sich in Zukunft nicht mehr auf Förster und Mertens, er wird sich auf Hindenburg berufen. Aber der alte Herr mag ruhig sein; Herr Stresemann wird diesen Kronzeugen der französischen Chauvinisten bestimmt nicht als „Bunpen“ bezeichnen.

## Die Ruhrmillionen

### Luther und Stresemann haben die Verfassung verletzt / Unerhörte Ueberzahlungen an die Großindustriellen / Arbeiter und Angestellte wurden betrogen

#### Der Spruch des Reichstagsausschusses

Der Ausschuß des Reichstages, der sich mit den Ruhrentschädigungen zu beschäftigen hatte, hat jetzt einen ausführlichen schriftlichen Bericht über das Ergebnis seiner Arbeiten vorgelegt. Er bestätigt die von der Sozialdemokratie vertretene Auffassung, daß man bei der Regelung der Ruhrentschädigungsfrage durchaus mit zweierlei Maß gemessen hat. Das Kabinett Luther schänkte den Schwerindustriellen Millionenwerte zu, während die Entschädigungen für Arbeiter, Angestellte und kleine Geschäftsleute gering und unzureichend ausfielen. Der ganze Bericht, der ein wertvolles politisches Dokument ist, zeigt, daß die Schwerindustrie im Rheinland und Westfalen in der bürgerlichen Regierung Luther den besten Sachwalter gehabt hat. Wir geben die abschließenden Feststellungen des Berichts, die für sich selbst sprechen im Wortlaut wieder:

1. Die Entschädigungszahlungen des Reiches an den Bergbau des besetzten Gebietes beruhen auf dem Schriftwechsel zwischen dem Reichsminister Dr. Stresemann und Herrn Hugo Stinnes vom 20. Oktober bis 13. November 1923. Dieser Briefwechsel stellt Abmachungen dar, deren rechtliche Verpflichtung für das Reich im Ausschuß verschiedentlich beurteilt wurde. Der Wille der Beteiligten ging nach den Zeugenaussagen der Herren Dr. Stresemann und Dr. Luther dahin, daß durch den Briefwechsel rechtlich bindende, einlagbare Verpflichtungen des Reiches entstehen sollten. Unbestritten bleibt der moralische Anspruch, der allen durch den Ruhrkampf Geschädigten zugesprochen werden muß.

2. Da Ausgaben des Reiches nur auf Grund von Reichsgesetzen oder des Etats geleistet werden dürfen, liegt unabhängig davon, ob eine privatrechtliche Bindung vorliegt, in der ohne Wissen des Reichstages vorgenommenen Zahlung auch eine

objektive Verletzung des Staatsrechts des Reichstages vor.

3. Doppelzahlungen an den Ruhrkohlenbergbau sind nicht erfolgt. Dagegen sind Ueberzahlungen in erheblichem Umfange aus der Abgeltung der Kohlenlieferungen, aus der Kohlensteuer, aus Zinsen usw. erfolgt. Diese Ueberzahlungen stehen nach den Erklärungen der Regierung und nach dem Gutachten der Sachverständigen Mindereinnahmen des Ruhrbergbaues bei anderen Positionen gegenüber, die angeblich einen Ausgleich der Ueberzahlungen darstellen. Der Ausschuß kann sich dieser Auffassung nicht in vollem Umfange anschließen, hält vielmehr daran fest, daß Ueberzahlungen stattgefunden haben, deren Höhe heute mangels genauer Unterlagen nicht mehr festgestellt werden kann.

4. Es ist festgestellt worden, daß die Ansprüche derjenigen Geschädigten, mit denen ein Sonderabkommen getroffen war (das sind die Schwerindustriellen, Red.) auf Grund dieses Abkommens wesentlich günstiger behandelt wurden als die Ansprüche der übrigen durch die Ruhrbesetzung Geschädigten. Gegenüber den Geschädigten, die nach dem Sonderverfahren behandelt wurden, liegt neben der beschleunigten Erledigung eine Besseferstellung vor: Erstens durch die Entschädigung von Zinsverlusten, und zweitens durch die Entschädigung von Verlusten bei der Einlösung von G-Schlaganweisungen. Beide Ansprüche sind im Sonderverfahren nicht anerkannt worden.

5. Unbestritten ist, daß eine ausreichende Abgeltung des der Arbeiter- und Angestelltenchaft sowie dem erwerbstätigen Mittelstande des Ruhrgebietes durch den passiven Widerstand und seine Auswirkung zugefügten Schadens bis heute z. T. noch nicht erfolgt ist. Der Ausschuß stellt fest, daß es erwünscht ist, die der Großindustrie des besetzten Gebietes gewährte Begünstigung durch ausreichende Entschädigung der geschädigten Arbeiter und Angestellten und des Mittelstandes auszugleichen.

## Gärung in Italien

### Demonstrationen trotz rasenden Terrors

Paris, 17. September. (Eig. Bericht.)

Zahlreiche aus Italien hier eintreffende Nachrichten melden von einem allgemeinen Wiederaufleben des faschistischen Terrors. In Como ist der frühere Professor Zanzi, der bereits zu fünf Jahren Zwangsaufenthalt verurteilt worden war, wieder festgenommen worden. Gleichzeitig wurden in Mail zahlreiche Arbeiter verhaftet. Sie werden bereits am Donnerstag wegen „Aufreizung zum Klassenhaß“ vor ein Gericht gestellt.

Andererseits ist es in zahlreichen Städten Italiens, wie die „Ere Nouvelle“ zu melden weiß, zu großen Demonstrationen von Arbeitslosen gekommen. In Mantua sollen die Arbeitslosen sogar das Bürgermeistertum erstickt und geplündert haben.

## Die Genfer Ratstagung

### Erledigung des Streites zwischen Ungarn und Rumänien

Genf, 17. September (Eig. Bericht)

Der Völkerbundsrat befaßte sich am Sonnabend vormittag und nachmittag mit dem rumänisch-ungarischen Dotanten-

streitfall, dessen Erledigung durch eine Verständigung zwischen den beiden Staaten angestrebt werden soll. Rumänien soll zunächst den aus dem ungarisch-rumänischen Schiedsgericht zurückgezogenen Richter wieder in das Schiedsgericht entsenden, damit die Arbeiten dieser Instanz fortgesetzt werden können. Gleichzeitig sollen beide Parteien folgende drei Grundzüge bei der Behandlung von Optantenstreitfällen berücksichtigen: 1. Die Bestimmungen des Schiedsvertrages von Trianon schließen keineswegs die Durchführung einer allgemeinen Agrarreform in Rumänien unter Einfluß der ungarischen Staatsangehörigen aus. 2. Weder im Wortlaut noch in der Anwendung einer solchen Agrarreform darf irgendeine Rechtsungleichheit zwischen Ungarn und Rumänien bestehen.

Am Sonnabend nachmittag griff auch der Reichsaussenminister Dr. Stresemann in die Debatte über den Streitfall ein. Er erklärte sich im großen und ganzen mit der angestrebten Lösung einverstanden. Am Montag werden die Verhandlungen über die Angelegenheit fortgesetzt.

Paris, 17. September (Eig. Bericht)

Aus Buenos Aires wird gemeldet, daß der argentinische Senat sofort nach seinem Wiederzulammentritt die Frage des Wiedereintritts Argentiniens in den Völkerbund behandeln wird.













